

Das Europäische Parlament stimmte für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Автор(и): Растителна защита
Дата: 25.11.2021 Брой: 11/2021



Straßburg – Das Europäische Parlament stimmte für eine Reform der EU-Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die neue Reform sieht eine klarere Verknüpfung von Finanzmitteln mit der Umsetzung von Umweltauflagen vor, doch Kritiker glauben, dass dieser Zusammenhang unzureichend ist und dass Ausnahmen für große industrielle Agrarunternehmen weiterhin bestehen bleiben.

Das Agrarbudget, das für den Zeitraum von 2021 bis 2027 387 Milliarden Euro beträgt, ist das zweitgrößte im gesamten EU-Haushalt.

Die Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments stimmte am Dienstag für die Änderungen, die darauf abzielen, die Landwirtschaft in Europa umweltfreundlicher und gerechter zu gestalten.

Künftig muss ein bestimmter Anteil der Agrarmittel an Umweltauflagen geknüpft werden. Die Reform wird vorschreiben, dass 20 % der Zahlungen an Landwirte in den Jahren 2023–2024 für „Öko-Regelungen“ ausgegeben werden müssen, wobei der Anteil für 2025–2027 auf 25 % steigen wird.

Darüber hinaus sollen Landwirte mit kleineren Betrieben gezielte Unterstützung erhalten. Mindestens 10 % der GAP-Mittel werden an kleinere Betriebe fließen, und alle Zahlungen an Landwirte werden von der Einhaltung von Umweltregeln abhängig gemacht.

Eine ständige Krisenreserve von 450 Millionen Euro soll Landwirte in Zeiten von Preisschwankungen und instabilen Märkten unterstützen.

Parlament und Mitgliedstaaten einigten sich Ende Juni nach schwierigen Verhandlungen auf die Reform. Die endgültige Zustimmung beider Seiten stand danach noch aus. Nach dem Parlament muss nun der Rat grünes Licht geben, was nur eine Frage der Zeit ist. Die neuen Regeln werden 2023 in Kraft treten. Die neuen Regeln, die ab 2023 gelten sollen, sind darauf ausgelegt, Mittel in Richtung Naturschutz umzulenken und die von der Landwirtschaft in der EU ausgestoßenen Treibhausgase um 10 % zu reduzieren.

EU-Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski sagte: „Es war ein schwieriger Kompromiss, aber ich denke, es ist der beste Kompromiss, der erzielt werden konnte.“ Er sprach von einem „guten Ergebnis“, das „den Übergang zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft“ sicherstellen kann.

Der Green Deal wird voraussichtlich zu niedrigeren landwirtschaftlichen Erträgen führen

Kritik

Kritiker glauben, dass es der Reform nicht gelingen wird, Direktzahlungen in ausreichendem Maße an verbindliche Mindestumweltstandards zu knüpfen. Darüber hinaus werden die größten industriellen Agrarunternehmen weiterhin von Finanzmitteln profitieren, da die vom Europäischen Parlament geforderte Obergrenze für Direktzahlungen ebenfalls nicht ausreichend geregelt ist. Daher ist ihrer Ansicht nach der Übergang zu einer nachhaltigen, umweltfreundlichen und regionalen Landwirtschaft eher fraglich.

Und laut einer Studie der Universität Wageningen in den Niederlanden werden die Maßnahmen, die zur Bekämpfung des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt gedacht sind, voraussichtlich zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Ernteerträge führen.